

**ARBEITSMIGRATION**

■ ANALYSE	
Arbeitsmigration und demographische Krise Von Kerstin Zimmer, Marburg	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Die demographische Situation	5
Arbeitsmigranten	6
Meinungsumfragen zu Arbeitsmigration und Migrationsbereitschaft	8
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 14. bis zum 26. Februar 2007	10

Die nächsten Ukraine-Analysen erscheinen am 13. März 2007.

Thema wird die Position der Ukraine in wirtschaftsbezogenen Länderrankings sein.



Analyse

Arbeitsmigration und demographische Krise

Von Kerstin Zimmer, Institut für Soziologie, Universität Marburg

Zusammenfassung:

Die demographische Krise hat auch die Ukraine erreicht: die Bevölkerung schrumpft und altert schneller als in anderen europäischen Staaten. Aufgrund der Transformationskrise und anhaltender sozio-ökonomischer Probleme befinden sich zudem viele Ukrainerinnen und Ukrainer zeitweise zu Arbeitsaufenthalten im Ausland, um das Überleben ihrer Familien zu sichern. Beide Entwicklungen werden im öffentlichen Diskurs der Eliten miteinander verknüpft und politisch instrumentalisiert. Konservative Kräfte fordern eine Rückkehr zu traditioneller Familienpolitik, um das „Überleben der ukrainischen Nation“ zu sichern. Gesteuerte Zuwanderung zur Eindämmung der demographischen Krise ist bislang kein Thema der Politik.

Einleitung

Die Ukraine erlebt seit mehr als 15 Jahren enorme gesellschaftliche Wandlungen, die in den letzten Jahren zumeist von der Diskussion über politische und ökonomische Reformen überlagert wurden und daher unbeachtet blieben: langfristige demographische Entwicklungen sowie kurz- und mittelfristige Migrationsbewegungen verändern das soziale Gefüge nachhaltig. Man könnte diese Entwicklungen als einen nachholenden Modernisierungsprozess begreifen, der sich mittlerweile zwar im gesellschaftlichen Diskurs niederschlägt, jedoch im politischen Bereich bislang kaum konkrete Maßnahmen nach sich gezogen hat.

Die demographische Krise

Die Ukraine sieht sich einer ernsthaften demographischen Krise ausgesetzt: die Bevölkerung schrumpft und altert stärker als in anderen europäischen Gesellschaften. Nach dem letzten sowjetischen Zensus (1989) hatte die Ukraine fast 52 Millionen Einwohner. Bis Ende 2006 war die Zahl auf 46,6 Millionen gesunken. (Siehe auch Grafik 1 auf Seite 5) Kann man Prognosen des Instituts für Demographie und Soziale Studien der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine Glauben schenken, so wird die Einwohnerzahl bis 2050 auf etwa 38 Millionen sinken.

Dauerhafte Auswanderung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion – vor allem von Russen und Juden – trug zwar zu diesem Trend bei, wurde aber durch die Zuwanderung von Ukrainern, Krimtataren und anderen „traditionellen“ Nationalitäten aus anderen Teilen der ehemaligen Sowjetunion aufgewogen. Die Hauptgründe für den Bevölkerungsrückgang sind hohe Sterberaten und niedrige Geburtenraten. Im Jahr 2006 (Januar-September) wurden 9,8 Kinder pro Tausend Einwohner geboren, während 16,2 Menschen pro Tausend Einwohner starben. Mit 1,1 bis 1,2 Geburten pro Frau liegt die Ukraine etwa bei der Hälfte der Geburten, die für eine

Aufrechterhaltung der aktuellen Bevölkerungszahl notwendig wäre (2,2).

In den letzten Jahren betrifft der Geburtenrückgang vor allem ländliche Gebiete. Die Lebenserwartung ist seit 1989 stark zurück gegangen, wie Grafik 2 auf Seite 5 zeigt.

Zudem stellt die hohe Infektionsrate mit HIV und AIDS eine Zeitbombe dar. Kein anderes Land in Europa hat eine derart hohe und steigende Infektionsrate. Nach offiziellen Angaben der ukrainischen Regierung waren im Jahr 2005 fast 85.000 Menschen mit dem HIV-Virus infiziert, fast 12.000 waren an AIDS erkrankt und mehr als 6.000 an der Krankheit gestorben. UNAIDS und die Weltbank gehen jedoch davon aus, dass die tatsächlichen Zahlen weit höher liegen und in den nächsten Jahren noch rapide steigen werden.

Arbeitsmigration – generelle Trends

In den letzten Jahren ist die Ukraine außerdem zu einem der wichtigsten Exportländer für Arbeitsmigration in Europa geworden. Während sowohl Russland als auch die benachbarten EU-Staaten ihre eigene Politik hinsichtlich temporärer Ein- und Auswanderung entwickelt haben oder gerade dabei sind, dies zu tun, bleibt die Ukraine in einer Zone der Unentschiedenheit verhaftet. Die beiden größten Nachbarstaaten der Ukraine – Polen und Russland – sehen die Notwendigkeit, Arbeiter aus der Ukraine und anderen Staaten anzuziehen, um Problemen der alternden Gesellschaft und des schrumpfenden Arbeitskräftepools zu begegnen. Die Ukraine dagegen scheint völlig unvorbereitet, um ihre eigene demographische Krise zu bekämpfen.

Im Jahr 2002 schätzte das ukrainische Außenministerium, dass etwa 300.000 Ukrainer in Polen arbeiteten, 200.000 in Italien, bis zu 200.000 in der Tschechischen Republik, 200.000 in Spanien und 150.000 in Portugal. Außerdem arbeiten etwa

1 Million Ukrainer in Russland. (Siehe Grafik 3 auf Seite 6) In all diesen Staaten haben sie nur begrenzte Möglichkeiten, legal zu arbeiten, trotz einiger neuerer gesetzlicher Änderungen, binationaler Abkommen und Legalisierungs-Kampagnen – vor allem in Spanien, Portugal und Italien. Nach groben Schätzungen betragen die jährlichen Rücküberweisungen der Migranten mindestens fünf Milliarden Dollar.

Migration als gesellschaftliches Thema

Zweifelsohne haben diese Migrationsbewegungen Spuren in der ukrainischen Gesellschaft gelassen und die Wahrnehmung der Arbeitsmigranten – der *sarobitschany* – und der ukrainischen gesellschaftlichen Entwicklung im allgemeinen verändert.

Vor einigen Jahren bezeichnete der damalige ukrainische Präsident Leonid Kutschma ukrainische Migrantinnen, die in Italien arbeiteten, als Prostituierte. Seitdem hat sich der öffentliche Diskurs über die Rolle von Arbeitsmigranten verstärkt und sowohl in ideologischer als auch geographischer Hinsicht diversifiziert. Die Debatte über Migration in den Medien und in der Politik ist gleichwohl fragmentiert und tendenziös, da Vertreter verschiedener Ansichten es vorziehen, Monologe zum Thema zu halten statt in einen wirklichen Dialog einzutreten.

Wenn das Thema Migration aufgegriffen wird, dann konzentrieren sich sowohl Experten als auch Politiker auf die Zahl derjenigen Ukrainer, die tatsächlich im Ausland arbeiten. Schätzungen reichen von zwei bis sieben Millionen Menschen. Während die meisten Wissenschaftler eher konservative Schätzungen abgeben, neigen die Politiker dazu, die Zahlen zu übertreiben. Die Auseinandersetzung über die „wahre“ Zahl der Arbeitsmigranten entwickelt sich in einen politischen Kampf, in dem die *sarobitschany* zu Spielbällen entgegengesetzter politischer Kräfte werden. Die politische Opposition benutzt die hohen Zahlen, um vernichtende Kritik an der staatlichen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zu äußern, der es nicht gelingt, Menschen davon abzuhalten, die Ukraine (zeitweise) zu verlassen, und sie präsentiert sich somit als der Vertreter der „einfachen“ Ukrainer.

Unter dieser Oberfläche spiegelt die öffentliche Debatte über Arbeitsmigranten die unterschiedlichen Orientierungen und Entwicklungsagenden wider, die Politiker oder Gruppen für die Ukraine bereit halten. Während die polnische politische und intellektuelle Elite einen recht „modernen“ Diskurs über die aktuelle demographische Krise und die beginnende Arbeitsmarktkrise führt, und Russland zwischen modernen und traditionellen Ideen und Politiken schwankt, zeichnet sich der dominante ukrainische Diskurs durch

traditionale und „anti-moderne“ Züge aus.

Zumeist haben die Akteure beim Thema Arbeitsmigration Personen im Blick, die nach Westen fahren auf der Suche nach Arbeit. Das Hauptempfängerland solcher Migrationsbewegungen – nämlich Russland – kommt in den öffentlichen Debatten dagegen kaum vor. Während offizielle und permanente Migration aus der Ukraine nach Russland nach einem Höhepunkt in den 1990er Jahren zurück gegangen ist, findet inoffizielle Migration weiter auf einem hohen Niveau statt. Diese Migranten können einfach und legal nach Russland einreisen, dank eines Visa-freien Reiseverkehrs. Ihr Status wird erst durch die Aufnahme von – nicht angemeldeter – Arbeit illegal. Arbeiter dieser Gruppe kommen aus allen Regionen der Ukraine. Die meisten sind Männer, die vor allem im Bauwesen arbeiten, besonders in der Stadt und Region Moskau, aber auch in anderen Industriezentren.

Ein Grund für die mangelnde Besorgtheit über die Migration nach Russland könnte die wahrgenommene und unhinterfragte „Normalität“ dieses Prozesses sein, denn diese *sarobitschany* tun nichts Neues. Ukrainer haben schon zu sowjetischen Zeiten zeitweise in Russland gearbeitet, häufig in Form ganzer Brigaden. Heute bestehen daher stabile Netzwerke, die den Wanderungsprozess erleichtern. Einige dieser Netzwerke haben einen gewinnorientierten Charakter und einige unterhalten Verbindungen zum organisierten Verbrechen. Was in den Medien kaum wahrgenommen wird ist die Tatsache, dass die meisten Ukrainer in Russland in der Schattenwirtschaft tätig sind und dass die heutige Migration unter weitaus schlechteren Bedingungen stattfindet als dies in der Sowjetunion der Fall war.

Im Gegensatz dazu erfährt die Migration in die Staaten der Europäischen Union eine viel größere Aufmerksamkeit. Dies erklärt sich nicht nur durch ihr beträchtliches Ausmaß sondern auch durch strukturelle Besonderheiten und ihre relative Neuheit.

Migration Richtung Westen ist weitaus ausgeglichener hinsichtlich der Beteiligung von Männern und Frauen; in einigen Abzugsregionen sind Frauen sogar überproportional vertreten. Zudem umfasst diese Migrationsbewegung in stärkerem Maße Menschen aus der Zentral- und Westukraine.

Diese strukturellen Besonderheiten führen dazu, dass der Diskurs über Migration nach Westen andere Züge annimmt, die zugleich die Wahrnehmung des Verhältnisses zum Westen, speziell der EU, widerspiegeln.

Beunruhigung über demographischen und sozialen Wandel, der hohe Anteil weiblicher Arbeitsmigranten sowie die Tatsache, dass die meisten Migranten

aus ländlichen Gebieten stammen, stärkten die Behauptung, dass Migration dazu beiträgt, das traditionale Leben in der Ukraine zu untergraben.

Die Abwesenheit so vieler Frauen – Mütter und zukünftige Mütter – aus der Ukraine wird von Traditionalisten häufig als der Hauptgrund für die sinkende Geburtenrate angeführt und als Ursache für den Zerfall der traditionellen ukrainischen Familie als solcher. Aus dieser Perspektive lassen Mütter ihre Kinder und Frauen ihre Männer im Stich. Außerdem wird beklagt, dass ukrainische Frauen im Ausland zur Prostitution gezwungen werden und so die moralische oder sogar körperliche Fähigkeit verlieren, Kinder zu gebären.

Wer ist nun schuld an dieser Entwicklung. Der traditionalistische Diskurs bietet zwei Antworten. Einerseits sind es die Frauen selbst, die ihre Kinder und Männer verlassen auf der Suche nach einem „neuen Leben“. Ihnen wird Egoismus und Verantwortungslosigkeit vorgeworfen. Individualisierung wird beklagt und negativ bewertet – vor allem von Männern, die diesen Diskurs tragen.

Die zweite Antwort basiert auf der Annahme, dass die gesamte ukrainische Nation das Opfer sozialen und moralischen Zerfalls ist. Viele Traditionalisten stellen die Ukraine – repräsentiert durch entrechtete aber aufrechte Arbeitsmigranten – den moralisch fragwürdigen Gesellschaften der Europäischen Union gegenüber. Hinter dieser Argumentationsfigur steht der Glaube an den schädlichen Einfluss des Westens, der von Rechten und Linken gleichermaßen geteilt wird.

Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Petro Simonenko warf beispielsweise dem „orangenen Lager“ vor, Arbeitsmigranten als aktive Menschen und Investoren darzustellen. Solche Menschen, so Simonenko, schaden der ukrainischen Gesellschaft, da sie Alkoholismus, Aids und Drogenmissbrauch verbreiteten. Indem man vor allem Frauen in die Migration locke, werde deren wahre Rolle – gesunde Kinder zu bekommen und zu erziehen – untergraben.

Umfragen legen nahe, dass die Migranten selbst eine ganz andere Meinung haben und zeigen, wie groß die Diskrepanz zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung ist. Obwohl viele Migranten im Ausland negative Erfahrungen gemacht haben, nehmen sie sich selbst als viel aktiver bei der Gestaltung ihres eigenen Lebens wahr als dies Nicht-Migranten tun.

Politische Empfehlungen und Forderungen

Während in Westeuropa – und zunehmend auch in Polen und Russland, gesteuerte Zuwanderung als Mittel zur Bekämpfung der demographischen Krise und zur Verjüngung des Arbeitskräftepotenzials und der Gesamtbevölkerung gesehen werden, bleiben solche Meinungen in der Ukraine die Ausnahme. Stattdessen, werden andere Ideen hervorgebracht. Einige fordern, der Staat solle die Arbeitsmigranten zur Rückkehr in die Ukraine bewegen, indem er neue Arbeitsplätze schafft, wenn nötig auf Staatskosten. Diejenigen, die um den Zerfall der Familie besorgt sind, fordern die Bekämpfung all jener Faktoren, die ihrer Meinung nach zu diesem Zerfall beitragen: Scheidungen, Pornographie, Prostitution, Geburtenkontrolle und Abtreibungen. Zugleich sollen ländliche Regionen – aus denen die meisten Arbeitsmigranten stammen – gefördert werden, abermals aus staatlichen Mitteln. Während diese Ideen auf traditionalistischen Vorstellungen basieren, sind die geforderten Maßnahmen sehr technokratisch und erinnern an sowjetische Politik.

Natürlich haben die Traditionalisten kein Monopol in der öffentlichen Debatte über Migration und die sozialen Prozesse, die damit verbunden sind. Andere Politiker und Beobachter sehen die Trends und Widersprüchlichkeiten, die durch das Phänomen der Arbeitsmigration als einen unausweichlichen Teil der Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse. Arbeit im Ausland kann in dieser Sicht auch viele materielle Vorteile für die Beteiligten und die gesamte Gesellschaft der Ukraine bringen. Auch wenn diese Akteure die sozialen Probleme, die durch Arbeitsmigration entstehen, nicht leugnen, betonen sie doch, dass Arbeitsmigration eine individuelle Antwort und Lösung für wirtschaftliche und soziale Härten ist. Einige liberale Experten und Politiker fordern zudem Programme, Einwanderung in die Ukraine zu fördern, um so demographische Probleme zu lösen. Aber diese bislang schwach entwickelte Diskussion hat sich noch nicht in politischen Programmen geschweige denn staatlicher Politik niedergeschlagen.

Bislang fehlt eine ernsthafte Auseinandersetzung zwischen Traditionalisten und Liberalen. Die sarobitschany werden dabei entpersonalisierte Figuren in den Entwicklungsvorschlägen der einen oder anderen Fraktion. Interessanterweise bleiben dabei die Ansichten und Erfahrungen der Arbeitsmigranten selbst ganz außen vor.

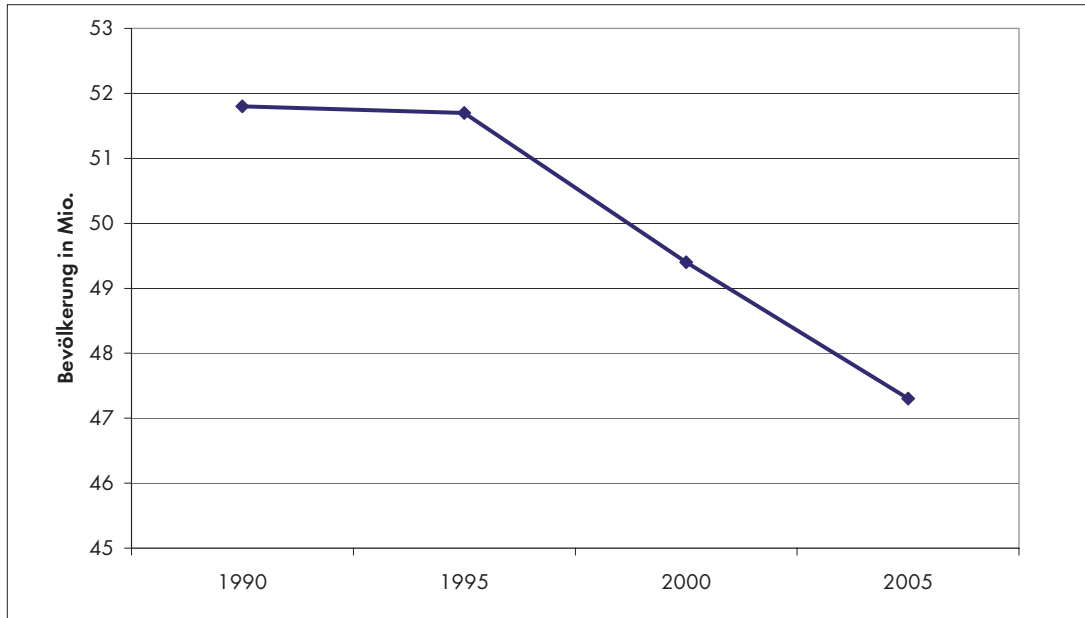
Über die Autorin:

Dr. Kerstin Zimmer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie, Universität Marburg.

Tabellen und Grafiken zum Text

Die demographische Situation

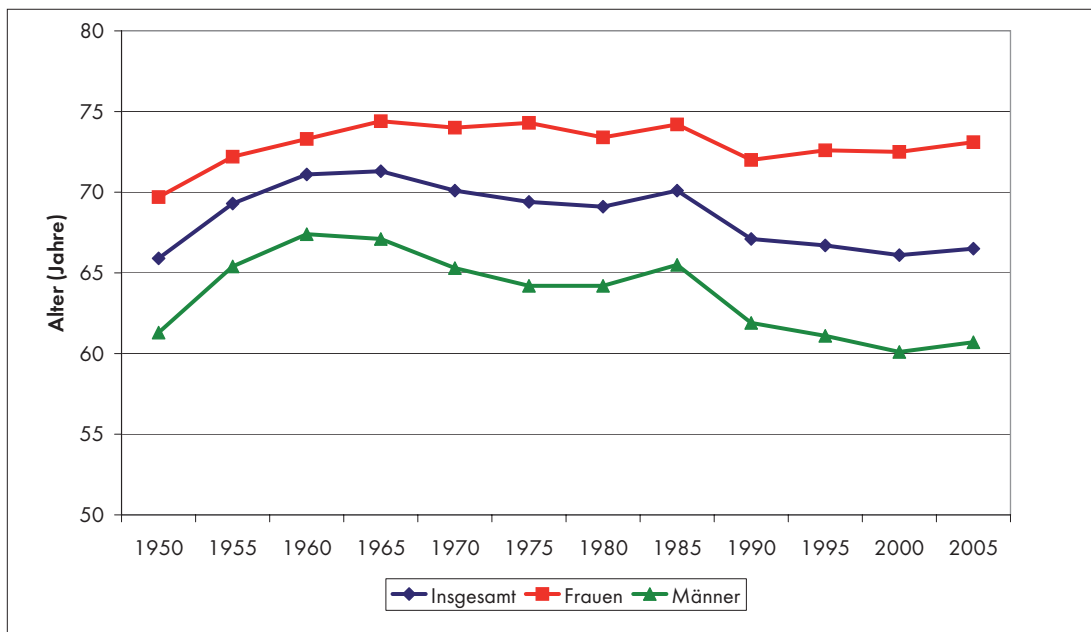
Grafik 1: Bevölkerungsentwicklung 1990 bis 2005



Quelle: Ukrainisches Staatliches Komitee für Statistik,

http://ukrstat.gov.ua/control/ru/localfiles/display/operativ/operativ2007/ds/nas_rik/nas_r/nas_rik_r.html

Grafik 2: Entwicklung der durchschnittlichen Lebenserwartung bei Geburt

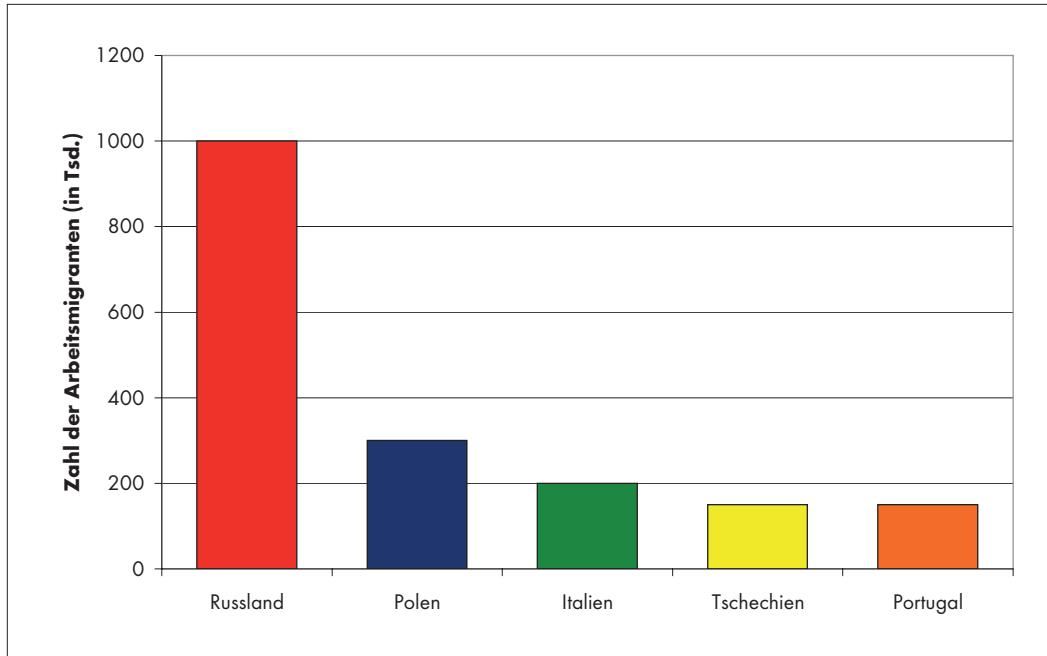


Quelle: United Nations Population Division: Population, Resources, Environment and Development: The 2005 Revision.

<http://unstats.un.org/pop/dVariables/DRetrieval.aspx>

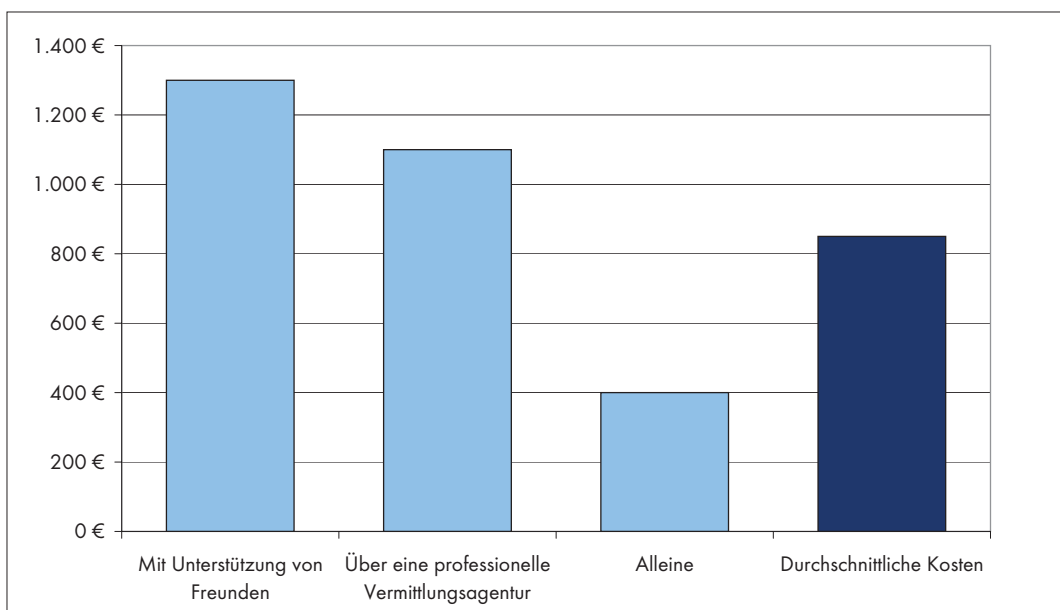
Arbeitsmigranten

Grafik 3: Zielländer ukrainischer Migranten (geschätzt; in Tsd.)



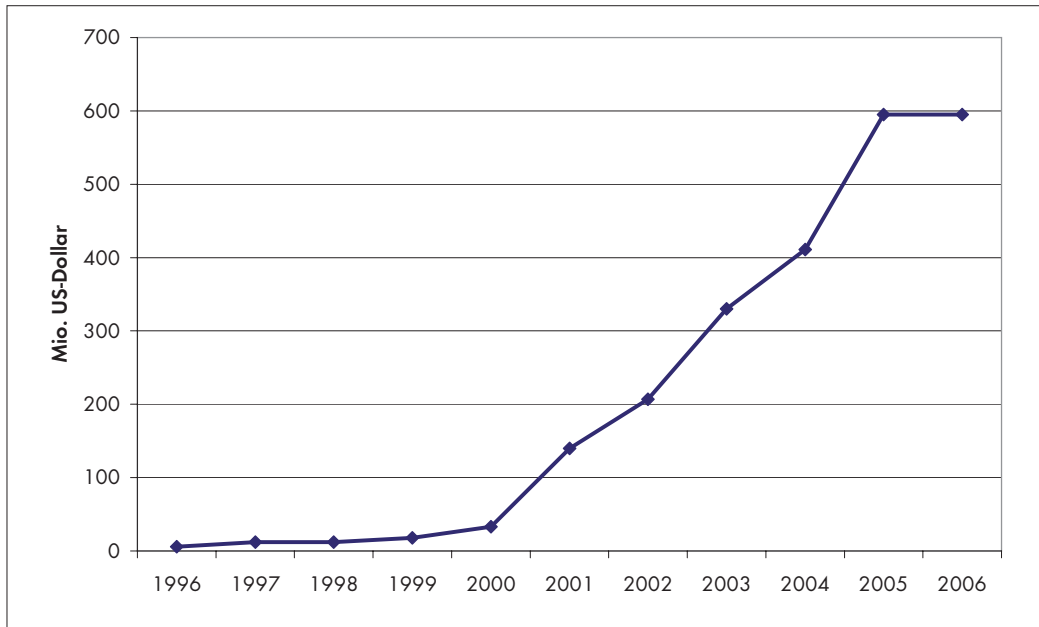
Quelle: Serge Cipko: *Contemporary Migration from Ukraine*, in: *International Organisation for Migration: Migration Perspectives 2006. Eastern Europe and Central Asia. Planning and managing labour migration*. Wien 2006, S. 119. http://www.iom.int/jahia/webdav/site/myjahiasite/shared/shared/mainsite/published_docs/books/Migration%20Perspectives%20eng%20protected.pdf

Grafik 4: Durchschnittliche Kosten der Organisation der Arbeitsmigration in die EU



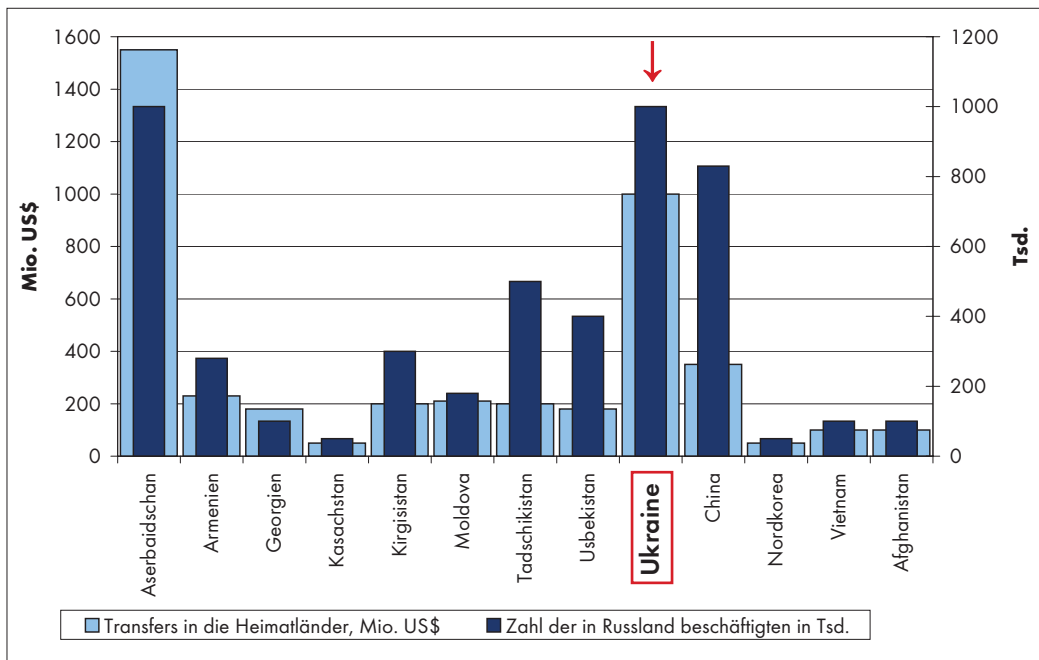
Quelle: Stepan Shakhno, Cathelijne Pool: *Reverse effects of restrictive immigration policy. Ukrainian migrants in the Netherlands, published in 2005 on www.migrationonline.cz*

Grifik 5: Legale Geldüberweisungen von Arbeitsmigranten aus dem Ausland in die Ukraine (in Mio US-Dollar)



Quelle: Worldbank – Remittances data: <http://econ.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTDECPROSPECTS/0,,contentMDK:21122856~pagePK:64165401~piPK:64165026~theSitePK:476883,00.html>

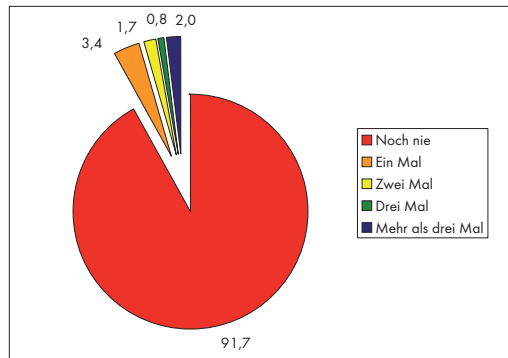
Grifik 6: Geldüberweisungen von in Russland beschäftigten Arbeitsmigranten in ihre Heimatländer (Schätzung 2005)



Quelle: Expertenschätzungen, Zentrum für ethnopolitische und regionale Studien, Moskau

Meinungsumfragen zu Arbeitsmigration und Migrationsbereitschaft

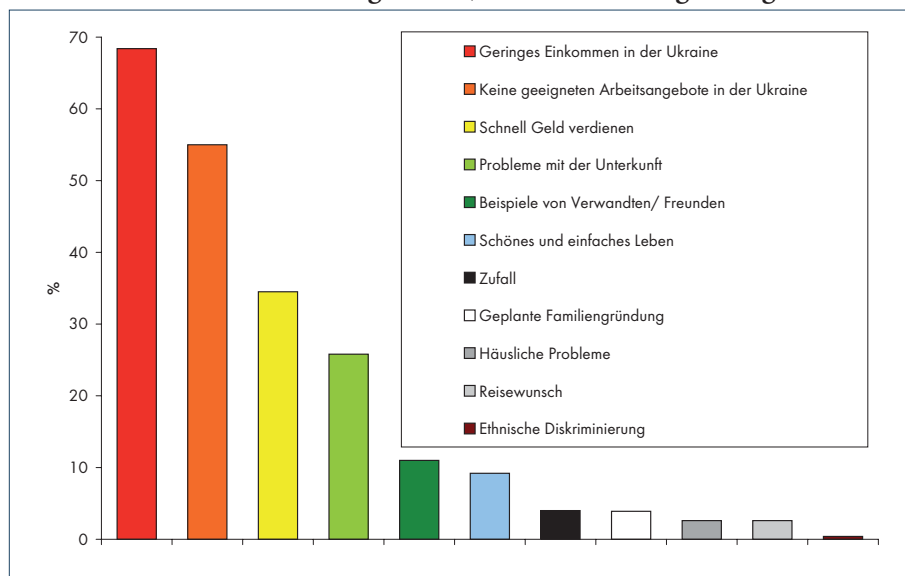
Grafik 7: Wie häufig sind Sie schon ins Ausland gefahren mit dem Ziel, dort zeitlich begrenzt zu arbeiten? (2005)



Quelle: Natalya Panina: *Ukrainian Society: 1994 - 2005, Sociological Monitoring*. Institute of Sociology, National Academy of Sciences of Ukraine, Kiew 2005, S. 142

http://www.i-soc.com.ua/doc/p_book.rar

Grafik 8: Motive der Arbeitsmigranten (Mehrfachnennungen möglich, Prozent)



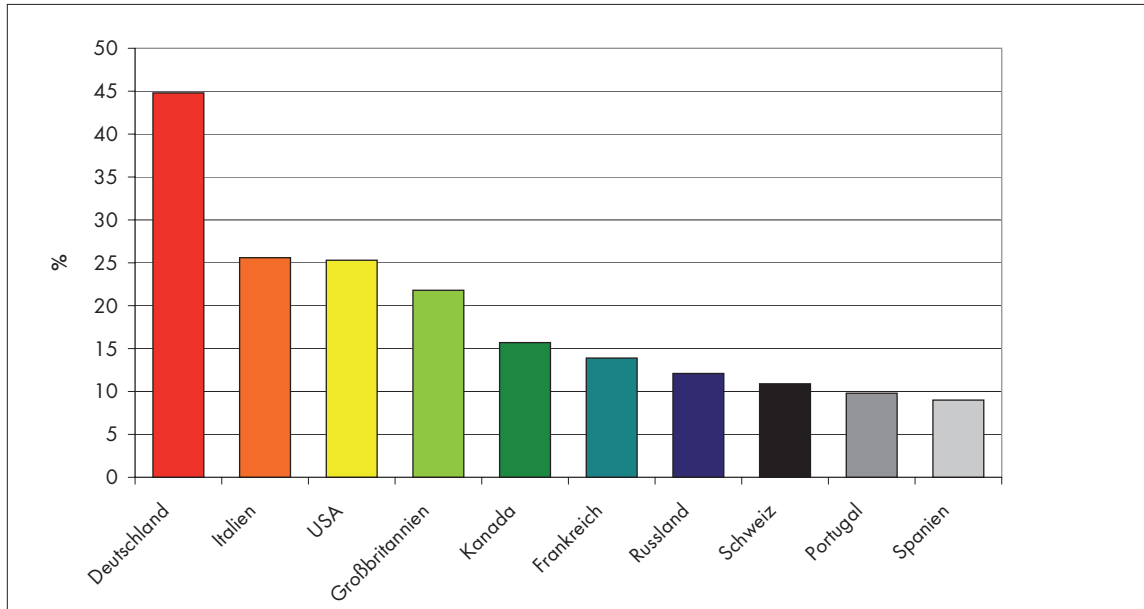
Quelle: International Organization for Migration: *Human trafficking survey: Belarus, Bulgaria, Moldova, Romania, and Ukraine*. Kiew 2006, S. 27.
http://www.iom.int/jahia/webdav/shared/shared/mainsite/activities/regulating/report_iom_final_pdf.pdf

Tabelle 1: Wenn Sie aus ihrem Wohnort wegziehen würden, wohin würden Sie ziehen?

	In einen anderen Ort in der Ukraine	Nach Russland	In eine andere Republik der ehemaligen UdSSR	Über die Grenzen der ehemaligen UdSSR hinaus	Ich weiß es noch nicht	Ich werde nie wegziehen
1994	15,3	12,7	1,1	4,6	12,8	51,3
1995	9,9	11,5	1,4	10,8	14,0	52,4
1996	10,4	13,3	1,2	9,1	12,3	53,7
1997	11,2	9,3	1,2	9,9	12,1	56,1
1998	11,3	9,7	1,4	9,7	15,9	51,9
1999	9,8	9,6	1,3	12,7	14,7	51,8
2000	14,8	7,2	1,8	9,6	17,0	49,6
2001	10,6	9,5	1,4	14,8	15,2	48,3
2002	9,8	10,5	0,6	10,2	19,8	48,6
2003	11,3	9,4	0,8	11,8	19,2	47,3
2004	9,9	10,3	1,1	10,1	18,4	49,9
2005	12,9	8,1	0,6	7,1	17,1	52,1

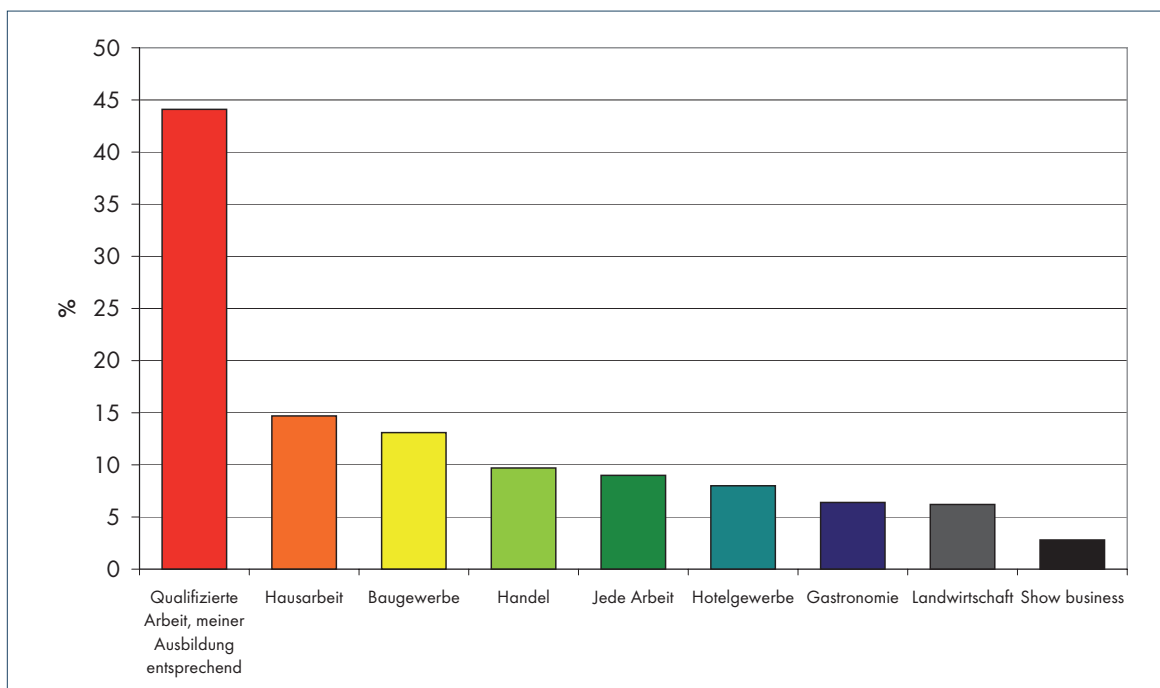
Quelle: Natalya Panina: *Ukrainian Society: 1994 - 2005, Sociological Monitoring*. Institute of Sociology, National Academy of Sciences of Ukraine, Kiew 2005, S. 120f. http://www.i-soc.com.ua/doc/p_book.rar

Grafik 9: Welchem Land würden Sie bei Arbeit im Ausland den Vorzug geben? (Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: International Organization for Migration: Human trafficking survey: Belarus, Bulgaria, Moldova, Romania, and Ukraine. Kiev 2006, S. 41. http://www.iom.int/jahia/webdav/shared/shared/mainsite/activities/regulating/report_iom_final_pdf.pdf

Grafik 10: Wenn Sie ins Ausland gehen, welche Arbeiten würden Sie annehmen? (Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: International Organization for Migration: Human trafficking survey: Belarus, Bulgaria, Moldova, Romania, and Ukraine. Kiev 2006, S. 38. http://www.iom.int/jahia/webdav/shared/shared/mainsite/activities/regulating/report_iom_final_pdf.pdf

Chronik
Vom 14. bis zum 26. Februar 2007

14.2.2007	Präsident Viktor Juschtschenko nimmt an der Amtseinführung des neuen turkmenischen Präsidenten Gurbanguli Berdimuchammedow in Aschgabat teil. Die beiden Präsidenten erklären anschließend, dass Turkmenistan weiterhin der zentrale Erdgaslieferant für die Ukraine bleiben werde.
16.2.2007	Justizminister Olexander Lawrinowitsch erklärt in einem Fernsehinterview, dass die Regierung das Verfassungsgericht angerufen habe, um die Verletzung seiner verfassungsgemäßen Verpflichtungen durch Präsident Viktor Juschtschenko zu klären. Die Regierung wirft Juschtschenko vor, trotz des ihn bindenden zwei Drittel-Votums einiger kommunaler Parlamente, die entsprechenden Bürgermeister nicht entlassen zu haben. Die Regierung rechnet mit einer Entscheidung des Verfassungsgerichts Anfang März.
19.2.2007	Präsident Viktor Juschtschenko bringt einen Gesetzentwurf in das Parlament ein, der den monatlichen Mindestlohn anhebt. Juschtschenko hatte sein Veto gegen den Haushaltsentwurf der Regierung u.a. damit begründet, dass der vorgesehene Mindestlohn unter den verfassungsmäßigen Vorgaben zurückbleibe. Ministerpräsident Viktor Janukowitsch, dass die Regierung erst über eine Erhöhung der Mindestlöhne und der Renten entscheiden würde, wenn Zahlen für die Wirtschaftsentwicklung im ersten Quartal 2007 vorliegen würden.
20.2.2007	Der Antrag der Opposition, Gesetzesentwürfe zur Erhöhung des Mindestlohns und zu Begrenzungen der Wohnungsnebenkosten als dringend zu betrachten und auf der Tagesordnung vorzuziehen, führt zu einer Blockade der Parlamentsitzung. Eine Abstimmung über die Gesetzesentwürfe findet nicht statt. Die handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern von Regierungskoalition und Opposition blockieren das Parlament bis zum 22.2.
20.2.2007	Präsident Viktor Juschtschenko erklärt in einem Presseinterview, dass er ein konsultatives Referendum über Verfassungsänderungen anstrebt. Dazu sollte eine Verfassungskommission eingerichtet werden, die Vorschläge für eine Verfassungsänderung ausarbeiten sollte. Ministerpräsident Viktor Janukowitsch erklärte, dass die Pläne des Präsidenten zur Verfassungsänderung im Lande eine harsche Konfrontation auslösen könnten.
22.2.2007	Die von Präsident Viktor Juschtschenko vorgeschlagenen Kandidaten für den Posten des Außenministers, Wolodimir Ohrisko, sowie für den Posten des Geheimdienstleiters, Viktor Korol, werden vom Parlament abgelehnt. Die Abstimmung erfolgt nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Abgeordneten, bei denen Vertreter der Regierungsfraktion das Rednerpult blockieren, worauf Abgeordnete der Opposition vorübergehend den Strom im Parlamentsgebäude ausschalten. Die Regierung wirft den Oppositionsparteien Block Timoschenko und Unsere Ukraine in einer Erklärung „unbegrenzten Zynismus“ vor. Präsident Juschtschenko spricht von „kindischen Spielen“ und kündigt an, die beiden abgelehnten Kandidaten erneut vorzuschlagen.
24.2.2007	Der Block Timoschenko und Unsere Ukraine unterzeichnen eine Vereinbarung über eine vereinte Opposition.
25.2.2007	Ministerpräsident Viktor Janukowitsch erklärt in einem Fernsehinterview, dass er sich vorstellen könne, dass der nächste Präsident im Jahre 2009 nicht vom Volk sondern vom Parlament gewählt werde.
26.2.2007	Die Fraktionsvorsitzende der Partei der Regionen und Koordinatorin der Regierungskoalition, Raisa Bogatirewa, fordert Präsident Viktor Juschtschenko auf, sich „so schnell wie möglich“ mit den Vorsitzenden der Parlamentsfraktionen zu treffen, um einen Ausweg aus der aktuellen politischen Krise zu suchen.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.ukraine-analysen.de

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfaßt werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de